Niederschrift
zur Sitzung des Hauptausschusses des Amtes Geest und Marsch Südholstein (öffentlich)

Sitzungstermin: Dienstag, den 26.09.2023

Sitzungsbeginn: 18:30 Uhr

Sitzungsende: 19:40 Uhr

Ort, Raum: Amtshaus des Amtes Geest und Marsch Südholstein, Sitzungssaal, Wedeler Chaussee 21, 25492 Heist

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Bürgermeister Wolfgang Balasus	CDU	
Herr Bürgermeister Peter Bröker	CDU	
Herr Bürgermeister Torsten Butz	AKWG	
Herr Bürgermeister Julian Kabel	CDU	
Herr Bürgermeister Daniel Kullig	BfH	
Herr Bürgermeister Hans-Peter Lütje	CDU	
Herr Bürgermeister Jürgen Neumann	CDU	Vorsitzender
Frau Bürgermeisterin Anja Pump	CDU	
Herr Bürgermeister Michael Rahn-Wolff	FW	stv. Vorsitzender

Außerdem anwesend

Herr Michael Möller-Stute	FWH
Herr Gebhard Rühlow	GuU

Presse

Herr Bastian Fröhlig	Presse

Protokollführer/-in

Herr Neumann	Fachbereichsleiter FB 3

Verwaltung

Herr Feber	Fachbereichsleiter FB5	
Herr Goetze		Büroleitender Beamter
Herr Hauschildt	Fachbereichsleiter FB 2	
Frau Jathe-Klemm	Fachbereichsleiterin FB 4	
Frau Neermann	Gleichstellungsbeauftragte	
Frau Noffke		Personalrat
Herr Wulff		Amtsdirektor

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder
Herr Bürgermeister Uwe Hüttner
CDU

Die heutige Sitzung wurde durch schriftliche Ladung vom 14.09.2023 einberufen. Vorsitzende stellt fest, dass gegen die ordnungsgemäße Einberufung keine Einwendungen erhoben werden.
Der Hauptausschuss ist beschlussfähig.

Die Sitzung ist öffentlich. Zu Punkt 5 der Tagesordnung wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen.

Die Tagesordnung wird wie folgt geändert:
TOP 1.2. neu: *„Situationsbericht über die Unterbringung von Flüchtlingen“*

Die Tagesordnung wird beschlossen.
Abstimmungsergebnis:
9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen

Daraus ergibt sich folgende **Tagesordnung:**

Tagesordnung:

1. Bericht der Amtsdirektors

1.1. Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2023

1.2. Situationsbericht über die Unterbringung von Flüchtlingen

2. Einwohnerfragestunde

3. Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung

4. Verschiedenes

Protokoll:

zu 1 Bericht der Amtsdirektors

Amtsdirektor Wulff berichtet wie folgt:

- Kreisumlage
  Im 4. Quartal berät der Kreis über den Nachtragshaushalt und die Höhe der Kreisumlage.
  Aufgrund von positiven Jahresergebnissen ist die Ergebnisrücklage des Kreises gewachsen. Seitens der Kommunen wird eine Absenkung der Kreisumlage erwartet. In der Arbeitsgruppe der Finanzverantwortlichen wurde empfohlen, dass die Beträge, die das gesetzlich vorgeschriebene Mindesteigenkapital des Kreises überschreiten, durch eine Senkung der Kreisumlage an die Kommunen ausgekehrt werden soll. Der Zeitrahmen, über den die Entlastung erfolgt, soll mit den Verwaltungsleitungen (10.10.23) noch abgestimmt werden.
  Seitens des Amtes wird eine Senkung der Kreisumlage für 2023 und 2024 favorisiert. Bei einem längeren Zeitrahmen besteht die Befürchtung, dass der Kreistag die Kreisumlage vor Ende der Laufzeit ggf. wieder anpasst.

- Zuschuss für DKMS (Deutsche Knochenmarkspenderdatei)
  Aus den Verfügungsmitteln des Amtsdirektors wurde ein Zuschuss in Höhe von 150 € an die DKMS gewährt.

- Tag der Feuerwehren am 01.12.2023
  Der Landesfeuerwehrverband (LFV) hat darüber informiert, dass er anlässlich des 150-jährigen Jubiläums in diesem Jahr am 1. Dezember einen Tag der Feuerwehren in ganz Schleswig-Holstein plant. Verschiedene Veranstaltungen und Aktionen sind landesweit geplant.

zu 1.1 Halbjahresbericht 1. Halbjahr 2023
zur Kenntnis genommen

zu 1.2 Situationsbericht über die Unterbringung von Flüchtlingen

Amtsdirektor Wulff berichtet gemäß **Protokollanlage Nr. 1** über die

aktuelle Situation zur Unterbringung der Flüchtlinge im Amtsbereich.

Das Land und der Bund dürfen die Kommunen mit dem Problem der Unterbringung nicht alleine lassen. Auch die Landtags- und Bundestagsabgeordneten sind einzubinden, um die ernste Situation der Kommunen aufzuzeigen.
Auf Landesebene liegt die Verantwortlichkeit beim Sozialministerium, von dem eine bessere Zusammenarbeit mit den Kommunen erwartet wird.
Herr Wulff macht deutlich, dass die Kapazitätsgrenze des Amtes für die Unterbringung von Flüchtlingen in Kürze erreicht ist und die Wohnraumsituation derzeit sehr ernst ist. Sollte sich die Lage weiter zuspitzen und keine alternativen Lösungen gefunden werden, wäre auch ein Immobilienerwerb durch das Amt eine Option. Notfalls ist auch die Inanspruchnahme von Bürgerhäusern zu prüfen.
Der Erwerb von Containern oder Tinyhäusern wären mittelfristige und der Bau von Unterkünften eher langfristige Optionen.
Eine rege Diskussion schließt sich an. Das Für und Wider eines Immobilienerwerbs wird erörtert. Laut Bgm. Lütje und Bgm. Kabel sollten zunächst alle anderen Optionen geprüft werden, bevor ein Immobilienerwerb in Erwägung gezogen wird.
Auch das ehemalige Amtshaus in Moorrege, deren Umnutzung vom Kreis Pinneberg bislang aus Gründen des Brandschutzes abgelehnt wurde, ist erneut zu prüfen.

Der Hauptausschussvorsitzende, Herr Neumann fasst zusammen, dass die Unterbringungssituation sehr ernst ist. Alle sind dringend aufgefordert in ihren Gemeinden zu prüfen, ob etwaige Mietobjekte oder alternative Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden sind, die dem Amt gemeldet werden können. Parallel wird die Verwaltung weiterhin alternative Lösungen prüfen.

zur Kenntnis genommen

zu 2 Einwohnerfragestunde

- Herr Rühlow erkundigt sich über den Stand zum geplanten Ersatzbau von Schlichtwohnungen in der Gemeinde Moorrege.
  Herr Goetze verweist zu dem Thema auf die Ausführungen im vorliegenden Halbjahresbericht.
  Im Rahmen der letzten Amtsausschusssitzung wurde berichtet, dass der Bauantrag beim Kreis Pinneberg eingereicht, jedoch Unterlagen nachgefordert worden sind. Die entsprechenden Unterlagen wurden nachgereicht. Im Rahmen einer weiteren Detailabstimmung wurde vom Fördergeber eine Absicherung der Grundstücksrechte gefordert, da nicht das Amt, sondern die Gemeinde Moorrege Grundstückseigentümerin ist.

Eine Eigentumsübertragung ist nicht beabsichtigt. Um das Recht der Errichtung eines Gebäudes über den Zweckbindungs- bzw. Abschreibungszeitraum zu sichern, soll deshalb ein Erbbaupachtvertrag zwischen der Gemeinde Moorrege und dem Amt geschlossen werden. Ein Entwurf wird aktuell vorbereitet.
Der Baubeginn für die Maßnahme ist für das 1. Quartal 2024 anvisiert.

zu 3 Anfragen und Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen der Verwaltung liegen nicht vor.

zu 4 Verschiedenes

Herr Lütje teilt mit, dass er als Bürgermeister Kraft Amtes der Jagdvorsteher des Jagdbezirkes Appen ist, da sich in der letzten Versammlung der Jagdgenossenschaft Appen keiner für das Amt des Jagdvorstehers bereiterklärt hat.
Für die Aktualisierung des Jagdkatasters sind Angaben über die bejagbaren Flächen erforderlich. Hierfür wird die Hilfe der Amtsverwaltung benötigt. Amtsdirektor Wulff sagt die Unterstützung zu.
Bgm Bröker weist darauf hin, dass auch die Jagdgenossen etwaige Veränderungen an Flächen und Eigentumsverhältnissen an den Jagdvorstand mitzuteilen haben.

Für die Richtigkeit:

Datum: 29.09.2023

(Jürgen Neumann)

(Neumann)
Protokollführer